

Der Konflikt ums St. Galler Volkshaus

Autor(en): **Fässler, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): **- (1993)**

Heft 20: **Krise crisi crise : Arbeitslosigkeit**

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584234>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DER KONFLIKT UMS ST. GALLER VOLKSHAUS

Am 1. Mai 1992 fiel an der St. Galler 1.-Mai-Kundgebung in der Marktgasse ein Transparent auf, dessen Sinn wohl nur Eingeweihte verstanden. «Hände weg vom Volkshaus, Tarabusi!» konnte der damalige SMUV-Präsident als Redner des St. Galler Gewerkschaftsbundes darauf

VON HANS FÄSSLER

lesen. Einmal mehr war der seit langem schwelende Konflikt um das St. Galler Volkshaus in die Öffentlichkeit gerückt worden.

Angefangen hatte alles etwa im Jahre 1990, als ein Kollektiv von jungen Leuten die Pacht des bisher desolaten Restaurants übernahmen und innert kurzer Zeit Schwung und vor allem Leute in ihre Beiz brachte. An einem geringfügigen Konflikt um eine Saalbenutzung durch den Gewerkschaftsbund entzündete sich daraufhin ein Streit, der innert Kürze dazu führte,

dass den BetreiberInnen des Restaurants auf Februar 1994 die Kündigung ins Haus flatterte. Gleichzeitig drangen aus dem von Gewerkschaftssekretär und SP-Kantonsrat Toni Falk beherrschten Vorstand der Volkshausgenossenschaft, der Trägerin der ganzen Liegenschaft, beunruhigende Gerüchte nach draussen: Von der Umwandlung der Genossenschaft in eine AG war die Rede und von der Umwandlung des Restaurants in Gewerkschaftsbüros und versammlungsräume samt Getränkeautomat. Und der SMUV-Schweiz spielte dabei eine wichtige Rolle ...

Widerstand

Gegen diese Tendenzen formierte sich in der St. Galler Linken der Widerstand. Als einem SMUV-Sekretär mit dem Argument, es dürfe dort nur eine Meinung geben, der Einsitz in den Vorstand verwehrt worden war, bewarben sich über 80 SP- und Gewerkschaftsmitglieder um eine Mitgliedschaft in der Volkshausgenossen-

schaft. Sie wurden allesamt mit dem Argument abgelehnt, es handle sich um einen feindlich gesinnten Übernahmeversuch von Leuten, die noch nie etwas Positives für das Volkshaus geleistet hätten. Dafür wurden über 100 Falk-Getreue, von denen viele wohl vom Volkshaus nicht viel mehr als den Namen kennen, in die Genossenschaft aufgenommen. Damit hatte der machtbewusste Gewerkschaftssekretär die erste Runde für sich entschieden.

Eskalation

Als auf die Hauptversammlung 1992 der Genossenschaft vom Vorstand eine Statutenrevision eingeleitet wurde, welche die Vorbedingungen für die Streichung des Restaurants als lebendigem Treffpunkt der linken Bewegungen schuf, die Trägerschaft auf die beiden lokalen Gewerkschaftssektionen von GBI und SMUV einengte und die Möglichkeiten zur Mitgliedschaft weiter einschränkte, platzte verschiedenen Gewerkschaftssektionen und der SP der Kragen: Sie traten mit einem Aufruf «Ein Volkshaus fürs Volk» an die Öffentlichkeit. Der Konflikt fand ein gewaltiges Medienecho und löste allenthalben Kopfschütteln aus: Ausgerechnet in dem Moment, wo eine Beiz zum ersten Mal einen Gewinn in Form einer Umsatzmiete abwarf, sollte sie geschlossen werden? Gewerkschaftssekretär Falk reagierte mit massiven und völlig unqualifizierten Anwürfen gegen die SP und seine gewerkschaftsinternen KritikerInnen. Einen Brief des SP-Kantonalpräsidenten, eines langjährigen politischen Weggefährten, der ihn im Namen der Partei um eine Unterredung bat, liess er schlicht unbeantwortet.



1. Mai 1992

Auch die zweite Runde ging an Falk: Die Staututenrevision schaffte mittels der 1991 gezimmerten Mehrheitsverhältnisse spielend die nötige Mehrheit. In der Versammlung wurde von seiten des Vorstandes immer wieder darauf hingewiesen, dass der SMUV Schweiz, welcher namhafte Mittel in das St. Galler Volkshaus gesteckt habe, wünsche, dass die Umwandlung in eine AG und neue Nutzungsmöglichkeiten geprüft würden.

Bruch

Inzwischen hatte der Konflikt auch auf die SP-Fraktion übergegriffen, in welcher Gewerkschaftsbundssekretär Falk und Gewerkschaftsbundspräsident Werner Wälti Einsitz genommen hatten, seit sie auf einer separaten Gewerkschaftsliste im Bezirk St. Gallen in den Grossen Rat gewählt worden waren. Ein letzter Versuch von Fraktion und kantonaler SP-Geschäftsleitung scheiterte jedoch, weil Falk, bekanntermassen der starke Mann in der Volkshaushausgenossenschaft, sich von Vorstand schriftlich bestätigen liess, er habe an einer Verhandlung mit der SP kein Verhandlungsmandat. Das brachte das Fass zum Überlaufen: Mit grossem Mehr beschloss die SP-Fraktion, die Fraktionszusammenarbeit mit Falk bis auf weiteres zu suspendieren, worauf Falk selbst diesen Schritt als endgültig erklärte und Wälti mit ihm zusammen die Fraktion wohl für immer verliess.

Aufbruch

Im Gegensatz zu 1985, als Falk mit bürgerlicher Unterstützung gegen den offiziellen SP-Regierungsratskandidaten angetreten war, gelang es ihm dieses Mal nicht mehr, den Konflikt als Zwiß zwischen links-grüner SP und traditionellen Gewerkschaften zu definieren. In den Gewerkschaften ist nämlich die Opposition gegen den Falk-Kurs ebenfalls stärker geworden: Jüngere Sekretäre entwickeln neue und zukunftsweisendere Strategien, gerade auch im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise. Die SP des Kantons St. Gallen hat denn daraus auch die Konsequenzen gezogen: Sie schlägt dem Parteitag vom April 1993 vor, zwei dieser jüngeren Gewerkschaftssekretäre in die Geschäftsleitung zu wählen und damit beim Jahr 1985 anzuknüpfen, als Falk und der damalige Gewerkschaftsbundspräsident, der HSG-Professor Hans Schmid, aus diesem Gremium ausgetreten waren. Der Ausgang des Volkshauskonflikts, dies bleibt anzumerken, scheint offen.

TECHNOLOGISCHER WANDEL UND ARBEITSSTRUKTUREN

Besprechung

SMUV (1992): Klein- und Mittelunternehmen: Innovativ und wirtschaftlich durch Übersichtlichkeit. Ergebnisse der Untersuchung von Stärken und Schwächen der Arbeitsstrukturen in ausgewählten Schweizer KMU. Werkstattbericht 1.

Die Maschinenindustrie stützt sich traditionell stark auf qualifizierte Facharbeiter. Gleichzeitig zählt ein Grossteil der Betriebe dieser Branche zu den Klein- und Mittelbetrieben, ein Bereich, in den die Gewerkschaften bis heute keinen betrieblichen Vertretungsanspruch geltend machen konnten. (95% der Unternehmen des Bereiches Metall/Maschinen/Elektro/Uhren beschäftigen weniger als 100 Mitarbeiter/-innen). Der SMUV tritt hier praktisch bloss als Vertragspartner des Arbeitgeberverbandes ASM in Erscheinung, kaum jedoch in den Betrieben selbst.

Der beschleunigte technologische Wandel wirft Fragen sowohl nach angemessenen Formen der Arbeitsorganisation und des Technikeinsatzes als auch nach der adäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen auf, gerade in Klein- und Mittelbetrieben mit ihrer bisherigen stärkeren Manpower-Orientierung. Hier erkennen die Gewerkschaften nun Ansatzpunkte für eine neue betriebliche Politik, die meist unter dem Stichwort «Industriepolitik» diskutiert wird. 1989 veröffentlichte der SMUV die Broschüre «Fabrikarbeit hat Zukunft» (vgl. DiSKUSSION Nr.16), in der verschiedene Rationalisierungsvarianten nach ihrer Sozialverträglichkeit diskutiert wurden und ein Qualifizierungsprojekt im Rahmen des CIM-Aktionsprogramms und der Weiterbildungsoffensive des Bundes vorgestellt wurde. Mit dem Projekt QUBI (Qualifizierung und Beratung für soziale Innovationsprojekte) verfolgt die Gewerkschaft das Ziel, dass ihre Mitglieder und Funktionäre die betrieblichen Veränderungen in Arbeit und Technik einzuschätzen und eigene Vorschläge zur Technikgestaltung einzubringen lernen.

Ein erstes Resultat, der «Werkstattbericht 1» mit dem Titel «KMU: Innovativ und wirtschaftlich durch Übersichtlichkeit» liegt nun vor. Darin wird zuerst der Rahmen, die Bedeutung der KMU für die Schweizer Wirtschaft erörtert («KMU – Herzstück der Schweizer Industrie»). Stärken und Schwächen werden anhand einer Untersuchung in drei Betrieben als Fallstu-

dien dargestellt. Dass das Projekt Geltung über den Organisationsbereich des SMUV hinaus beansprucht, zeigt die Wahl der Betriebe in unterschiedlichen Branchen.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Vorstellung, dass tayloristische Konzepte stark arbeitsteiliger und hierarchisierter Betriebsorganisation ausgedient hätten, der Einbezug der Arbeitenden im Rahmen moderner Konzepte gegenüber einer technizistischen Rationalisierung auch für die Unternehmer in KMU lohnenswerter sei. Denn Kommunikation, Motivation, Kreativität und innovatives Verhalten der Mitarbeiter fördere die heute dringend geforderte flexible und innovative Entwicklung und Spezialisierung der Betriebe. Innovation solle daher als umfassender Prozess unter Einbezug aller Beteiligten vonstatten gehen.

In den schlussfolgernden Thesen wird die Übersichtlichkeit des Betriebs (von jeder betrieblichen Position aus) als das entscheidende Merkmal der Arbeitsstrukturen in KMU dargestellt, welches diese grösseren Betrieben voraus haben. Übersichtlichkeit sei das zentrale Beurteilungskriterium für die Stärken und Schwächen der Arbeitsstrukturen, lautet das Fazit der Untersuchung: Kommunikations- und Kooperationsstrukturen sind zu entwickeln, der Handlungsspielraum zu erweitern, Probleme an Ort und Stelle und durch übergreifendes Handeln zu lösen. So lauten die Rezepte aus gewerkschaftlicher Sicht. Doch ein einfaches Rezeptbuch ist der Werkstattbericht nicht. Die Broschüre wirft vielmehr grundsätzliche Fragen nach Umsetzungschancen und der Rolle von Gewerkschaft, Vertrauensleuten und Betriebskommissionen auf.

Der Arbeitsbericht bietet reichlich Diskussionsstoff für alle, denen die Aktivierung der Interessenvertretung in den Betrieben unter den aktuell sich rasch wandelnden Bedingungen ein Anliegen ist. Er ist mit zahlreichen Karikaturen und eingerückten Zitaten ansprechend aufgelockert, welche die nicht gerade in allen Teilen «süffig» beschreibbare Materie auch ungewohnten LeserInnen näher bringen dürfte.

Martin Wicki

Bezugsadresse: SMUV, Projekt QUBI, Weltpoststrasse 20, 3015 Bern.